

## Beschluss

(Projekt) Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

- 1 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger\*Innen und
- 2 Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Online-Zugang zur
- 3 Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir
- 4 wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
- 5 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden, das
- 6 "Once-Only-Prinzip" erproben, so dass Bürger\*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut
- 7 angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es
- 8 qualifizierte IT-Mitarbeiter\*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in
- 9 diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und
- 10 Ausbildung gelegt werden.
- 11 Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte
- 12 Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben. Bei
- 13 IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen
- 14 Geheimdiensten u.Ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.
- 15 Um der abhängigkeit von einzelnen Firmen bei der Wartung und Weiterentwicklung von Software
- 16 entgegen zu wirken und damit bei Problemen sofort eingegriffen werden kann, streben wir langfristig bei
- 17 der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Wo
- 18 möglich sollen auch Eigenentwicklungen in Kooperation mehrerer Behörden in Betracht gezogen und vom
- 19 Land unterstützt werden. Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch
- 20 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern, bei Kommunikation mit Bürger\*innen und Wirtschaft muss dies
- 21 angeboten werden.